

stellt werden, damit am nächsten Sonntag die Wahlen zur Nationalversammlung in Ordnung vor sich gehen können. Dazu ist es vor allem notwendig, daß die Waffen abgeliefert werden. Das dürfte wohl nicht ohne militärische Mitwirkung gelingen. Aber die Truppen können sich heftigst darauf beschränken, den Maßnahmen den nötigen Rückhalt zu geben. — Auf eine Frage nach den Verhältnissen im Reich erwiderte der Kriegsminister: Im Innern könnten wohl kleine Gruppen von Spartakisten, denen jetzt das Berliner Pflaster zu heiß unter den Füßen wird, Putsch in anderen Gegenden versuchen. Wir sind jedoch gewillt, die Ordnung, die wir in Berlin jetzt durchzuführen, in ganzen Lande herzustellen, auch mit Rücksicht auf unser Ansehen im Ausland. Besonders um unsere Kräfte zum Schutze unserer Grenzen und zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes verfügbar zu haben. Nach meiner Auffassung wird uns das auch gelingen. Am deutschen Volke steht in allen Schichten trotz der schweren Kriegslast noch ein guter Kern, der es auch diese Krise überwinden und sich in neuer Einigkeit zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden wird, in der man jeden auf den Platz stellen wird, für den er geeignet ist.

Eine republikanische Schutztruppe.

Berlin, 14. Jan. Alle bereits gebildeten oder noch in der Bildung begriffenen Wehren (Sicherheits-, Bürgerwehren und dergleichen) werden nunmehr zu einer republikanischen Schutztruppe zusammengefaßt. Die Kontrolle befindet sich im Reichstag, wo sich Freiwillige hinzumengen haben, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eintreten wollen. Um den noch immer andauernden Unruhen und Ausschreitungen der Spartakisten ein Ende zu machen, ist ganz Berlin in Sicherheitsbezirke eingeteilt worden, die von starken Patrouillen von zehn und mehr Mann durchstreift werden. Der Polizeipräsident Richter, der einstweilen die Geschäfte in Vertretung des Ministers Ernst weiterführt, glaubt im Verein mit der militärischen Macht die Sicherheit und unge störte Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung gewährleisten zu können. Seine besondere Aufgabe liegt darin, dem verbrecherischen Gefindel, das in den letzten Tagen starken Zug von außerhalb erhalten hat, in engerster Weise auf den Leib zu gehen. Wie die Postlich-Parlamentarischen Nachrichten aus dem Polizeipräsidenten erfahren, ist Radek ganz bestimmt nicht mehr in Berlin. Von Diebstahl und Eikhorn sei bis zur Stunde keine Spur vorhanden. Die Vernehmung der gefangenen Spartakisten ergab nur geringe Resultate. Die meisten erklärten, selbst nicht zu wissen, wofür sie gekämpft hätten. Nur ganz wenige verharrten trotz auf Spartakistischen Grundrissen. Auch diese erklärten, sie seien darüber empört, wie sie von den Führern verlassen worden seien.

Die spartakistischen Umtriebe im Reich.

Bremen, 14. Jan. Die Stadt ist völlig ruhig, so daß über Bremen verdächtige Belagerungszustand bereits am Mittag des 13. Januar wieder außer Kraft getreten ist. Das Ständerrecht wird bis auf weiteres aufrechterhalten. Zahlreiche Flugblätter der bürgerlichen Parteien wurden beschlagnahmt, für heute sämtliche Demonstrationen, mit Ausnahme der der Kriegsbeschädigten auf dem Markt, verboten. Die Regierung glaubt anheim, die bremische Republik völlig unabhängig vom übrigen Deutschen Reich gestalten und eine Vereinigung mit Nachbarstaaten, z. B. mit Oldenburg, erreichen zu können, worauf auch die Besetzung von Delmenhorst hinweist. Das Bürgertum hält die Wahlen zur Nationalversammlung für sehr gefährdet.

Curhaven, 13. Jan. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat Curhaven mit dem Kreise Nidebühl und den Kreisen Habeln und Reuhausen zu einer sozialistischen Republik ausgerufen und dies der Bürgerschaft über Nacht verkündet. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat ferner alle Banken, Sparkassen und Kreditanstalten an sich gebracht. Durch das Vorgehen der Curhavener Ratosen ist in Curhaven und in den beiden preussischen Kreisen, die zum Hamburger Wahlkreis gehören, jede Wahlbarkeit unterbunden.

Die Streiklage im Ruhrrevier.

Essen, 14. Jan. Die gestern im Saalbau tagende Sozialisierungskommission hat sich zwar unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schichtlohnes für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen, doch sind die Meinungen über die Voraussetzungen zur Arbeitsaufnahme geteilt. Die Zahl der Streikenden hat sich heute stark vermindert. Die Morgenschicht trat auf einigen Zechen fast vollständig an.

Aus Kunst und Leben.

— Raffinierter Landestheater. Während der vier Kriegsjahre waren die Werke der ausgetrockneten italienischen Opernkomponisten selbstverständlich dem Spielplan des Hoftheaters ausgeschlossen; das Raffiniertheater hat nun den Bann gebrochen und am Dienstag der dreitägigen Oper „Madame Butterfly“ von G. Puccini wieder Eingang verschafft. Vor mehr als einem Jahrzehnt ward sie in Wiesbaden zum erstenmal aufgeführt. Damals hatte der ferne Osten, das Wunderland der Überflutungen, noch seine ganz aparte Anziehungskraft auf das europäische Kulturleben ausgeübt und Puccini traf mit seiner „Butterfly“ auf allseitige Empfänglichkeit. Das hat sich nun mittlerweile wohl etwas abgeklärt; doch zum Glück bietet das Werk — diese im Grunde sehr einfache Tragödie einer Japanerin — hinreichende musikalische Sorgfalt; mit der Schärfe und farbenreich ausgeprägten Erotik, die Puccini's verstehende Kunst der Seelenmalerei, namentlich der Großartigkeit, zu frappanten Wirkungen befähigt, wird sie im 1. Akt der Fall, wo auch ein kräftiger dramatischer Zug unverkennbar ist; weiterhin flaut das Interesse allerdings ab und erreicht erst gegen den Schluß der Oper wieder seine vorige Höhe. An reizvollen Einzelheiten fehlt es nirgends; von der lebhaften Bewegung im 1. Akt hebt sich das abschließende Liebesduett zwischen „Butterfly“ und ihrem amerikanischen Liebhaber „Pinkerton“ höchst eindrucksvoll ab; bedeutungsvoll treten noch hervor: im 2. Akt die Szene, da „Butterfly“ und ihre Dienerin „Suzuki“ für den Wiederkehr des Liebhabers das Haus mit Blumen schmücken; und die Schlussszene, wo sich beide im Verein mit dem Baby (es ist gegenwärtig ein wahres Preis-Baby) am Fenster der Papierwand erwarten; endlich im 3. Akt: „Butterfly's“ elstirischer Abschied vom Kind und ihr stimmungsvoller Todesgang. . . Unvergessen ist noch Frau Land-Sapfel in der Rolle der „Butterfly“: mit ihrer geistlichen Persönlichkeit und ihrem pikanten Darstellungswesen — wie geschaffen für diese lieblich flatternde Frau Schmetterling! — Alfo Mann schmettert jetzt etwas fröhlicher drein und gab im ganzen ein recht bar gezeichnetes Bild des feingliedrigen, feineren japanischen Mädchens; doch schien sie noch nicht so völlig in der Rolle „aufzugehen“ wie ihre Vorgängerin. Manches Gelingen's fehlte, namentlich im 2. Akt, wo das angeregte dramatische Empfinden überwiegt; am besten aber traf die Sängerin die mehr ruhig ausfallenden lyrischen Momente, für welche sie eine weiche, gutturalige Abtönung bereit hielt. Als „Suzuki“ begrüßte man gern wieder Frau R. R. M., die einzige, die von der hübschen Besetzung noch beklüßten war; stimmlich und darsellerisch unverändert frisch und klug. Der Escorifier „Pinkerton“, der seine japanische Ehe gar so leicht nimmt und nach der Audienz mit einer neuen Gattin ins Haus zurückkehrt, ist eine sehr sympathische Figur; es gelang indes Herrn Scherer, kraft seines verführerischen Tenors und seines einfach-lieblich-schwärzigen Spiels, das Absinken des Charakters zu mildern. In Herrn de Garmo war ein „Konstanz Schorpleh“ von echt amerikanischer Originalfassung zur Stelle. Auch die Nebenrollen haben glückliche Vertretung gefunden. In der fuchsenden „Sonje“ — durch Herrn R. R. M.; der um Rodome Butterfly verlebte „Fritz“ — durch Herrn R. M.; der pfiffige Unterhändler „Garo“ — durch Herrn R. R. M. Wie alle diese genannten und die ungenannten „Japaner“ trüpfend und trüpfend, nimmer und nimmer, lächelnd und lächelnd das japanische Wesen lebten. Das in Kostüm und Dekorationen so anständig zutage tritt, — das alles ist nur des Rahmens wert. Unter Herrn Scherers Leitung hielt sich Orchester und Ensemble fest und sicher. Das Publikum begrüßte die Reinspielung mit gewogenen Händen.

Der Vormarsch der Polen.

Polen, 14. Jan. Die Polen haben nach einer Mitteilung des Obersten Bollerius unter Oberstleutnant Grudzielski Motnik, Ruz, Zabikow und Schubin genommen. Ein von Dombrowski kommender Panzerzug mußte zurückfahren. Mehrere hundert Gefangene und mehrere Geschütze wurden erbeutet. Deutschen war vorübergehend in polnisches Land.

Österreich von den Bolschewisten bedroht.

Wien, 13. Jan. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Agentur aus unrichtiger Stelle erzählt, gehen Gerüchte von einem Anmarsch bolschewistischer Truppen auf Österreich durch das Land. Der Vordrängung hat sich eine Befürchtung bemächtigt. Die Einwohner von Staluponen und Pustalun haben zum großen Teil schon die Flucht angetreten. In ganz Österreich mußte die Flucht für eine ephemerische Flucht eingelegt. Diese Flucht, zu der einzelne Soldaten, Arbeiter und Bürger massenhaft flüchten, soll unter der Oberleitung des Befehlshabers von Österreich, Entenung, geschehen werden.

Das bayerische Wahlergebnis.

München, 14. Jan. Im Ministerium des Innern lagen heute folgende Listen des Wahlergebnisses vor. Es erhielten an Stimmen: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1.072.011, sozialdemokratische Partei 919.591, Deutsche demokratische Partei 408.910, Bayerischer Bauernbund 381.022, Nationalliberale 110.285, Unabhängige 75.094, Bund der Unabhängigen 12.888, Mittelpartei 8235. Es fehlen noch die Resultate aus einigen Stimmbezirken, doch werden diese am dem Gesamtergebnis nicht mehr viel ändern. Vorbehaltlich seiner Resultate entfallen auf die einzelnen Parteien an Mandaten: Bayerische Volkspartei 39, sozialdemokratische Partei 60, Deutsche demokratische Partei 22, Bayerischer Bauernbund 17, Nationalliberale 5 und Unabhängige 3.

Aus dem besetzten Gebiet.

Der Polizeidienst auf dem Rhein.

Köln, 14. Jan. Sechs Patrouillenboote der Rhein-Flottille sind heute in Mainz angekommen. Drei andere sind im Begriff, nach Koblenz abzugehen. Aufgabe der Flottille ist der Polizeidienst und die Verhinderung unerlaubten Verkehrs auf dem Rhein. Die Arbeit der Patrouillenboote wird in der Nacht durch Scheinwerfer erleichtert.

Luxemburg und Frankreich.

Amsterdam, 14. Jan. In Paris wird eine Abordnung der luxemburgischen Kammer erwartet, die um die Angliederung an Frankreich nachsuchen will. Gestand gemacht wird zugunsten der Einverleibung in Frankreich das Interesse der Eisenindustrie, das einen wirtschaftlichen Anstoß an Frankreich wegen der lothringischen Erze erfordert.

Die Friedensverhandlungen.

Es wird ein diktierter Friede sein.

London, 13. Jan. Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben danach, zu ihren friedensmäßigen Wohnstätten zurückzukehren und diese Wohnstätten in allen Ländern wiederherzustellen.

Die Abgabe der deutschen Flotte.

Wien, 13. Jan. (Englischer Ausdruck.) Der deutsch-überdreadnought „Baden“, 27.000 Tonnen, von der „Königin-Elisabeth“-Klasse, mit 23 Knoten Geschwindigkeit, ist in Scapa Flow angekommen und dort mit anderen Kriegsschiffen der deutschen Flotte interniert worden. Das Schiff führte nur geringe Lebensmittel. Die Übergabe war gefordert worden an Stelle des Schlachtschiffes „Maderus“, der den deutschen Hafen noch nicht verlassen konnte. Weitere 16 deutsche Unterseeboote sollen morgen Deutschland wieder übergeben an die Alliierten verlassen. Auch in Deutschland befindliche Unterseeboote müssen abgegeben werden. 170 befanden sich im Bau, die Weiterarbeit ist eingestellt worden.

Niedriger hängen.

Aus der Deutsch-demokratischen Partei wird uns geschrieben: Vor geraumer Zeit schon hat die Deutsche demokratische Partei durch den Mund von Herr Philipp Philipp es für unangelegentlich und fast gefährlich erklärt, daß von sozialdemokratischen Gesichtspunkten gegenwärtig die Trennung von Kirche und Staat gefordert wird. Sie hat ausdrücklich gesagt: Wir sind überzeugt, daß die Arbeit der Kirche, die sich in der religiösen Pflege des Gemüts und in der Erziehung zur sittlichen Charakterbildung beläuft, auch für die Staat und Gesellschaft unentbehrlich ist. Wir werden keine gesetzliche Maßregel aufheben, durch welche diese Arbeit gefährdet oder gar unmöglich gemacht wird. Aus demselben Grunde sind wir Gegner der religiösen Schule und jedes

Versuchs, den Religionsunterricht durch einen farblosen Moralunterricht zu ersetzen. Sie hat sich in der gleichen Erklärung für eine zeitgemäße Reform des Schulwesens von Staat und Kirche und gegen die völlige Trennung ausgesprochen. Trotz dieser unabweislichen und erhellenden Erklärung bringt es die „Reinliche Volkszeitung“ am 12. d. M. fertig, von der demokratischen Partei zu behaupten, sie werde eintreten für die völlige Trennung von Staat und Kirche. Man kann das Urteil über eine solche Kampfbildung gerade dem gesunden Urteil aller dererigen überlassen, die auch in religiösen Dingen auf Souveränität halten. In dem gleichen Artikel liefert sich das Zentrumblatt die schon einmal von der „Wiesbadener Zeitung“ erhebene lächerliche Behauptung, daß die demokratische Partei in Wiesbaden „sofort mit den Arbeiter- und Soldatenräten gemeinsame Sache“ gemacht haben und daß sich der Führer der Demokraten — gemeint ist der Stadterordneter-vorher Herr Richter — zum Polizeidirektor begeben liege. Die Schlußfolgerung der „Reinlichen Volkszeitung“ muß aus eigener Kenntnis, denn auch aus an dieser Stelle gegebenen Darstellungen den wahren Sachverhalt kennen und wissen, daß die drei demokratischen Männer, die sich in den A. u. S. Rat in Wiesbaden beteiligten, durch ihre außerordentliche und dauerhafte Arbeit schwerer Nachteil von der Wiesbadener Bürgerschaft abgewendet haben, während die jetzt so launischen Zentrumsblätter im Mangel lagen und für die Bürger nicht taten. Die „Reinliche Volkszeitung“ kennt natürlich auch den wahren Sachverhalt bei der Ernennung von Herr Richter zum Polizeidirektor und weiß, daß er mit der Annahme Würdigen des Oberbürgermeisters und des Regierungspräsidenten verfahren. Das hindert sie jetzt nicht, ihre Behauptung zu wiederholen. Auch über diese Praktiken soll das Urteil des Wählerkreises entscheiden, denn solche Methoden sind nicht für ein erlaubtes politisches Kampfmittel geeignet. Wie sagt doch Goethe unter der Aufschrift „Kaiser“:

Es will der Zeit aus unserm Staat
Uns immerfort besetzen,
Und seines Weltens lauter Schall
Bereicht nur, daß wir reiten.“

Wiesbadener Nachrichten.

— Ausfall der Stadtverordnetenversammlung. Wegen der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung und ferner wegen einer am Freitag, den 17. Januar, auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörde stattfindenden Landratskonferenz, an der die beiden Bürgermeister teilnehmen, wird die für Freitag, den 17. Januar, vorgesehene Stadtverordnetenversammlung auf Dienstag, den 23. Januar, verlegt.

— Das Wiesbadener Rotgeld. Die Gutscheine der Stadt Wiesbaden trugen bekanntlich den Vermerk, daß sie am 1. Februar 1919 zur Fälligkeit gelangen. Obwohl uns bis zu diesem Zeitpunkt noch ein halber Monat trennt, macht sich bereits hier und da eine gewisse Abneigung gegen unser städtisches Papiergeld bemerkbar, weil man befürchtet, zuletzt das Geld nicht mehr loszukommen. Das sind natürlich ganz grundlose Befürchtungen. Möge denn, daß sich niemand durch den Besitz von Gutscheinen der Stadt Wiesbaden einen Verlust erleiden kann — denn für eine Einlösung würde unter allen Umständen Sorge getragen werden —, erfahren wir noch von zuständigen Stellen, daß der hiesige Magistrat einen Beschluß gefaßt hat, wonach die Gutscheine bis auf weiteres ihre Gültigkeit behalten sollen. Eine diesbezügliche Bekanntmachung dürfte in den nächsten Tagen erscheinen.

— Zur städtischen Erwerbslosenfürsorge nahm der Vorstand des Deutschen Städtebundes, der trotz der bestehenden Verhältnisse und sonstigen Schwierigkeiten mit Rücksicht auf eine Reihe wichtiger der baldigen Erledigung bedürftiger Fragen dieser Tage im Berliner Rathaus zu einer Vorstandssitzung zusammengetreten war. Stellung. Es wurde als übereinstimmende Ansicht sämtlicher Vorstandsmitglieder festgestellt, daß durch die gegenwärtige gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge eine Lücke geschaffen ist, die zu einem Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens und gleichzeitig zum finanziellen Ruin der einzelnen besonders betroffenen Städte führen muß. Es ist deshalb bei den zuständigen Reichsstellen eine baldige Abänderung der Verordnung vom 13. November 1918 anzufordern. Einer der Hauptfehler ist die Anlehnung der Unterstützungssätze an den Ortslohn; es ist durch Reichsregelung ein Höchstmaß einzuführen, und zwar nicht nur für den einzelnen Arbeiter zu gewöhnlichen Hauptunterstützung, sondern auch für die Nebenleistungen an Familienmitglieder. Bei der vorläufigen Regelung an nicht ortsbahngelagerte Personen ist eine zeitliche Begrenzung der Beihilfe zur vorübergehenden Fokalisierung einzuführen. Im verheirateten Arbeiter die Möglichkeiten zu gewähren, außerhalb des Orts der Erwerbslosenfürsorge nicht besonders hochgehaltene Arbeit zu übernehmen, ist die Möglichkeit der Gewährung einer Zuzahlung für die am Ort der Erwerbslosenfürsorge zurückgelassene Familie einzuführen.

— Die Wahlen zur Nationalversammlung am nächsten Sonntag finden, wie wir von zuständiger Seite noch besonders darauf hingewiesen werden, ununterbrochen von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

— Sozialdemokratische Partei. Am Freitag, den 17. Jan., abends 7 Uhr, findet im Saal der „Turngesellschaft“, Schwalbacher Straße 8, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher die sozialdemokratischen Kandidaten Herr Dr. Quast, Herr Polizeipräsident Dr. Singheim (Frankfurt) und Herr Stadterordneter Haese (Wiesbaden)

ganzungen bezug. Nichtigstellungen: I. Die „durchschnittliche Wohnung“ der Osten ist nicht eine niedrige Hütte aus runden Flechtstämmen. Die Verwendung von unbehauenen Baumstämmen ist in Nordrussland üblich, nicht aber im estnischen Gebiet. Die Bauernhäuser sind im allgemeinen von einer Höhe, der die Bezeichnung „niedrige Hütte“ nicht ganz entspricht. Der „arche eigene Ofen“ dürfte wohl nirgends zu finden sein. Die „Raustrube“ ohne Kamin gehört einer ferneren Vergangenheit an. II. Estnische „Dörfer“ aus 20 bis 30 Gehöften gibt es überhaupt nicht (außer Dörfern der griechisch-katholischen Osten am Peipussee). Jedes Bauerngehöft steht für sich inmitten der dazu gehörenden Äcker und Wiesen ohne jeder dorfähnlichen Zusammenfassung mit den benachbarten Gehöften. Eine Rodstube ist so ziemlich jedes Bauerngehöft für sich. Die „Ränge“ (Birnendächer) sind (oder waren) vielmehr bis zur Einführung des staatlichen Brandweinverkaufs nur an den größeren Landtöcken zu finden. III. Die Kleidung des estnischen Landvolkes unterscheidet sich seit vielen Jahrzehnten nicht wesentlich von der allgemeinen mitteleuropäischen. Auf der Insel Dagö sieht man ebenso wenig etwas von einer estnischen Volkstracht wie anderwärts im estnischen Gebiet. Auf Dagö gibt es übrigens eine große, modern eingerichtete Tuchfabrik mit großer Arbeiterzahl. IV. Daß die Osten noch dem 20. Jahre in geradezu erschreckender Weise altern, dürfte nicht ganz der Wahrheit entsprechen. Der Dörfelbauer Meister R. Gieshard, ein geborener Estländer, dessen Bild so manche Ränge Deutschlands schmücken, entnahm seine Modelle mir Vorliebe dem estnischen Volk: die schönen Altmännerköpfe seiner Bilder erinnern lebhaft an die Bilder alter deutscher Meister und sind zugleich für jeden, der das Estland kennt, typische Darstellungen alter estnischer Bauern. Dr. A. H.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Peter Altenberg, der bekannte Wiener Dichter, ist vorzeitig 60-jährig gestorben.

Tee-Konzert von 4 Uhr ab.
Tee mit Gebäck Mk. 3.—

Traumbild und Tanz der
Gnomen von F. v. Blon.
Fantasie aus der Ges.

